CDU CSU Fraktion im Deutschen Bundestag
Landesgruppe Nordrhein-Westfalen

Nr.21/ 16.12.2022

Bundespolizei nicht im Stich lassen

Die Bundespolizei ist eine zentrale Säule der inneren Sicherheit in Deutschland. Nach einer beispiellosen Erfolgsgeschichte zur personellen Stärkung unter Bundesinnenministern von CDU und CSU setzen sich heute rund 54.000 Bundespolizistinnen und Bundespolizisten Tag für Tag für unsere Sicherheit und unser Leben in Freiheit ein. Sie schützen 3.831 Kilometer Land- und 888 Kilometer Seegrenze, sichern 33.399 Kilometer Bahngleise und etwa 5.700 Bahnhöfe und sorgen an 13 großen deutschen Flughäfen für die Sicherheit des Luftverkehrs. Sie bewachen Verfassungsorgane und Bundesministerien, unterstützen die Länderpolizeien bei Großeinsätzen und leisten Hilfe in internationalen Missionen. Sie verfolgen und bekämpfen Schleusungskriminalität, banden- und gewerbsmäßige Eigentumsdelikte sowie sonstige Straftaten in ihrem Aufgabenbereich.

Zur Erfüllung ihres wichtigen Auftrags benötigt die Bundespolizei vor allem drei Dinge: Ausreichend Personal, das angemessen bezahlt wird, eine moderne Ausstattung und zeitgemäße Handlungsbefugnisse. Die CDU/CSU-geführte Regierungskoalition der 19. Legislaturperiode hat in allen drei Bereichen Maßstäbe gesetzt: Das Personal der Bundespolizei wuchs zwischen 2017 und 2021 um über 8.300 neue Stellen und damit um nahezu ein Fünftel. Neben der allgemeinen Besoldungserhöhung von zehn Prozent wurde die Polizeizulage im Bund um 40 Prozent erhöht und das Einstiegsgehalt für Polizeianwärter angehoben. Rund 2.500 Einsatzfahrzeuge, vier maritime Transporthubschrauber und drei Einsatzschiffe wurden neu beschafft. Und schließlich verabschiedete die CDU/CSU-geführte Regierungskoalition im Juni 2021 im Deutschen Bundestag die umfassendste Modernisierung des Bundespolizeigesetzes seit dessen Inkrafttreten im Jahr 1994.

Wenn die Ampel-Koalition ihre Aufgabe, die innere Sicherheit in Deutschland zu gewährleisten, ernst nimmt, muss sie diesen Weg der Stärkung der Bundespolizei weiter gehen. Dabei kommt es auch darauf an, dass die Bundesregierung gegebene Versprechen gegenüber der Bundespolizei einhält, und nicht etwa durch eine Personalkürzung um 1,5% in der Bundespolizeiverwaltung, wie im Bundeshaushalt 2023 geschehen, konterkariert.

Die Bundespolizei benötigt jetzt insbesondere für den IT-gestützten Grenzschutz, für den Fall eines länger andauernden, flächendeckenden Stromausfalls, zur besseren Vorbereitung auf terroristische Notlagen, zur weiteren Modernisierung ihrer Hubschrauberflotte sowie zur auch künftig ausreichenden Unterstützung der Länderpolizeien eine noch bessere Ausstattung.
Verzichten sollte die Bundesregierung dagegen auf ideologisch motivierte Maßnahmen, die Ausdruck von Misstrauen gegenüber der Bundespolizei sind: Für eine Kennzeichnungspflicht, z. B. durch die Nummerierung von Polizeibeamtinnen und -beamten im Einsatz," besteht keine Notwendigkeit.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

rund 3.000 Einsatzkräfte waren gegen eine mutmaßliche Reichsbürger-Terrorgruppe im Einsatz. Den Tatverdächtigen werden Angriffsplanungen gegen unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung und konkret gegen den Bundestag und dessen Mitglieder zur Last gelegt. Die Planung eines Staatsstreiches und die Bereitschaft, dafür zu töten, stellen eine neue Dimension rechtsextremistischer Umtriebe in unserem Land dar.
Es ist offensichtlich, dass sich hier ein dringlicher parlamentarischer Informationsbedarf ergeben hat. Neben Fragen zum Ermittlungsverfahren geht es auch um Fragen zum Schutz des Bundestages.
Auf Antrag der Unionsfraktion hat sich deshalb der Rechtsausschuss im Bundestag mit der am vergangenen Mittwoch bundesweit durchgeführten Razzia gegen die Gruppe aus der Reichsbürger-Szene beschäftigt. Wir wollten von der Regierung wissen: Wie konkret waren die Pläne der Gruppe? Wie bedrohlich war und ist die Situation? Welche Konsequenzen müssen wir als Parlament ziehen? Allein die Tatsache, dass sich nach Informationen des Generalbundesanwalts eine dreistellige Zahl an Menschen per Verschwiegenheitserklärung der Gruppe angeschlossen hat, zeugt von der Grösse dieser Gruppe und lässt vermuten, dass sich der Beschuldigtenkreis im Strafverfahren noch weiter ausdehnen wird.
Auch zeigen uns verschiedene Vorfälle in der Vergangenheit (bis hin zu Tötungsdelikten) deutlich, welche Bedrohung von Reichsbürgern ausgeht und dass diese im Zweifel nicht vor Waffengewalt zurückschrecken. Die Erkenntnisse beweisen, wie breit die demokratiefeindliche Szene vernetzt ist und dass es aus diesen Kreisen reale und ernstzunehmende Bestrebungen gegen unseren Rechtsstaat und die demokratische Grundordnung gibt. Diesen gilt es entschlossen entgegenzutreten. Ich danke daher unseren Sicherheitsbehörden und den im Einsatz befindlichen Beamten ausdrücklich für ihre vorbildliche Arbeit! Allerdings ist auch gründlich und umfassend aufzuklären, ob Medienvertreter von den durchgeführten Durchsuchungsmaßnahmen und Festnahmen vorab informiert gewesen sind. Durchgestochene Ermittlungsinterna gefährden die Ermittlungen, die eingesetzten Polizistinnen und Polizisten und schaden dem Rechtsstaat.
Klar ist für mich, dass demjenigen, der Grundwerte wie Freiheit, Demokratie und die Achtung der Menschenwürde bekämpft, mit aller Härte und Entschiedenheit entgegengetreten werden muss. Dabei müssen Rechts- und Linksextremismus genauso wie religiös-motivierter Terrorismus und Antisemitismus mit der gleichen Kraft bekämpft werden.

Herzliche Grüße aus Berlin! Ihr

Dr. Günter Krings, MdB
Vorsitzender der CDU-Landesgruppe NRW

Foto: Tobias Koch

Flächendeckende Ergänzende unabhängige Teilhabeberatung muss erhalten bleiben

Anzahl der Beratungsangebote sinkt

Zur Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion „Fortbestand, künftige finanzielle Ausstattung und Beratungsqualität von Beratungsstellen der Ergänzenden Unabhängigen Teilberatung (EUTB)“ (BT-Drs. 20/4941) erklärt deren Beauftragter für die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen, Wilfried Oellers:

„Die Bundesregierung kann die Befürchtung nicht entkräftigen, dass es mit dem ab 2023 geltenden neuen Antrags- und Bewilligungsverfahren für die Ergänzende unabhängige Teilhabeberatung keine flächendeckende Beratungsstruktur mehr geben wird. Ab 2023 soll es eigentlich 498 Beratungsangebote in 399 Regionen geben – statt wie bisher 463 Angebote in 286 Regionen. Auf den ersten Blick liest sich das erst einmal gut. Schaut man dann aber ins Kleingedruckte, stellt sich heraus, dass in 10 von 16 Bundesländern die Zahl der Beratungsangebote in Wirklichkeit gesunken und nur in vier Bundesländern gestiegen ist. Bayern zum Beispiel verzeichnet ein Plus von 45 und Niedersachsen ein Minus von 6 Beratungsangeboten. Dies wirft Fragen auf, wenn die Bundesregierung zugleich in ihrer Antwort behauptet, dass die Beratungsangebote näher an die Ratsuchenden heranrückten.

Als Unionsfraktion stehen wir zu der noch von uns in die Wege geleiteten Umstellung der bisherigen zuwendungsrechtlichen EUTB-Förderung auf einen Rechtsanspruch. Selbstverständlich müssen neben den bestehenden auch neue Angebote zum Zuge kommen können. Dennoch sollte die Bundesregierung verschiedene Stellschrauben noch einmal genau unter die Lupe nehmen. So sollte sie prüfen, ob die zuschussfähigen Stellen nicht auch auf mehrere Regionen verteilt werden können und wie die Flächengröße des Landes oder der Region stärker berücksichtigt werden kann.“

Foto: Frank Thelen

Union ist konstruktiv und lösungsorientiert

Ein Jahr Ampel: Das ist ein Jahr verpasster Chancen, handwerklicher Fehler und enttäuschter Erwartungen. Die Unionsfraktion hat der Bundesregierung in diesem ersten Jahr ihrer Arbeit immer wieder die Hand ausgestreckt. Die CDU/CSU kritisiert, wo es nötig ist, und wir leisten zugleich konstruktive und lösungsorientierte Oppositionsarbeit. Weil Demokratie nur mit Kompromissen funktioniert.
Das haben die CDU/CSU-Bundestagsfraktion dabei erreicht:

- Gaspreisbremse statt Gasumlage. Die Gasumlage sollte Energie noch teurer machen. Die Union hat durchgesetzt: Statt der Gasumlage kommt eine Gaspreisbremse. „Jede Kilowattstunde zählt“. Strom ist knapp. Die Union hat durchgesetzt: Die Kernkraftwerke bleiben bis Ende März 2023 am Netz. Unser Ziel ist: Weiterbetrieb so lange wie nötig.
- Mehr Netto vom Brutto. Der Steuertarif sollte trotz Rekordinflation gleichbleiben. Die Union hat durchgesetzt: Der Tarif steigt um 7,2%, der Grundfreibetrag auf 10.908 €.
- Mehr Geld für mehr Sicherheit. Die Union hat das Bundeswehr-Sondervermögen von 100 Mrd. € möglich gemacht. Unser Ziel bleibt dauerhaft mehr Geld für Verteidigung.
- Bürgergeld mit Fördern und Fordern. Leistung muss sich lohnen. Die Union hat beim Bürgergeld durchgesetzt: Fördern und Fordern bleibt. Das ist fair und gerecht.
- Keine Flächenstilllegungen. Ackerflächen sollten brach liegen. Ergebnis: noch weniger Weizen, höhere Preise. Die Union hat durchgesetzt: Diese Regelung gilt erstmal nicht.
- Unterstützung für Hebammen. Die Union hat durch gesetzt: Auch Hebammen werden im Pflegebudget von Krankenhäusern berücksichtigt. Das stärkt die Geburtshelfer

Impressum:

Ausgabe Nr. 21/2022,
16. Dezember 2022

Landesgruppe NRW der
CDU/CSU-Fraktion im
Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030/ 227-58956
Fax: 030/ 227-76421

Email:
fabian.bleck@cducsu.de
Redaktion/ V.i.S.d.P:
Karl-Heinz Aufmuth,
Fabian Bleck

Diese Veröffentlichung dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.